

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN ZEITEN DES KLIMAWANDELS

Baden-Württemberg braucht Grüne Marktwirtschaft

Demografische Entwicklung, Globalisierung und ökologische Krise sind die größten Herausforderungen, die wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu meistern haben. Der Klimawandel wird einschneidendere Konsequenzen für Mensch und Umwelt haben, als viele es sich heute vorstellen können. Vor allem die industrialisierten Gesellschaften haben ihn durch ihre Wirtschafts- und Lebensweise in den vergangenen Jahrzehnten verursacht. Das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, ist angesichts unserer heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise so ehrgeizig wie notwendig und muss von allen Ebenen der Politik unterstützt werden – auch von der Landespolitik in Baden-Württemberg. Zugleich gilt es, die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels nicht zu verschleppen.

Wir Grüne wissen: Ökonomie hat keine Zukunft, wenn sie nicht ökologisch und sozial gerecht wird. Grüne Marktwirtschaft hat das Ziel, Wirtschaftswachstum und Klima- und Umweltbelastung zu entkoppeln.

GRUNDPRINZIPIEN GRÜNER MARKTWIRTSCHAFT: ÖKOLOGISCH UND SOZIAL

Fairer Wettbewerb für alle!

Grüne Marktwirtschaft setzt auf Markt, Wettbewerb und Unternehmertum.

Allerdings sind Markt und Wettbewerb für uns Grüne nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. An den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft halten wir fest und wollen sie weiter entwickeln. Aufgabe des Staates ist es, klare, verlässliche und transparente Rahmenbedingungen zu setzen. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen soll sich der Wettbewerb fair und frei entfalten können. Der politisch durch finanzielle Anreize, gesetzliche Regulierung und Förderinstrumente gesetzte Rahmen bestimmt die Richtung des Wettbewerbs: zukunftsorientiert, sozial gerecht und umweltverträglich. Fairer Wettbewerb bedeutet für uns, dass alle, nicht nur die, die bereits am Marktgeschehen beteiligt sind, gleiche Zugangs- und Wettbewerbschancen haben. Das befördert nicht nur Innovation, die Qualität von Produkten und Dienstleistungen, sondern stärkt auch die Stellung der VerbraucherInnen. Eine gute Informationspolitik gibt den VerbraucherInnen die Macht, über den Erfolg eines Produktes oder einer Dienstleistung zu entscheiden.

Wir wollen eine neue **Kultur der Selbstständigkeit** befördern, denn wir brauchen mehr Menschen, die etwas unternehmen wollen. Selbstständigkeit und Existenzgründungen dürfen nicht durch ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie behindert werden. Grüne Wirtschaftspolitik will den staatlichen Ordnungsrahmen effizient und möglichst bürokratiearm gestalten.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet im Grünen Sinne nicht nur eine gerechte Verteilung vorhandener Mittel, sondern auch Teilhabe-, Chancen-, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit. Grüne Marktwirtschaft muss den Fokus auf gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben legen, denn sie ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Innovationen. Ziel Grüner Marktwirtschaft ist es, dass möglichst alle Menschen zu fairen Bedingungen am Arbeitsmarkt teilhaben und ihre Existenz selbst sichern können. Elementare Voraussetzung hierfür sind gleiche und gute Bildungschancen für alle. ‚Arm trotz Arbeit‘ ist für viele Menschen auch in Baden-Württemberg traurige Realität. Deshalb fordern wir einen branchenspezifischen und regional differenzierten Mindestlohn für alle Beschäftigten. Dabei haben tarifliche Lösungen für uns Vorrang. Die derzeitige Praxis in der Zeitarbeit muss überprüft und auf ein sozial verträgliches Maß reduziert werden. Auch die Möglichkeiten für Lebenslanges Lernen ist heute eine wichtige Weichen-

stellung für die Chancenverteilung am Arbeitsmarkt. Weiterbildung muss vor allem für geringer qualifizierte ArbeitnehmerInnen besser zugänglich werden; Arbeitslose brauchen ausreichend viele qualifizierende Maßnahmen in einem zweiten Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Investitionen in bessere Bildung, damit Beschäftigung gesichert, Innovationen gefördert und soziale Ungerechtigkeit beseitigt wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg halten am dualen Ausbildungssystem mit den Ausbildungsarten Betrieb und Schule fest. Um das System der beruflichen Bildung für die Zukunft zu erhalten, muss es aber weiter entwickelt und reformiert werden. In einer dringend notwendigen Reform des dualen Ausbildungssystems müssen überbetriebliche Ausbildungsstätten eine größere Rolle spielen und das duale Ausbildungssystem zu einem trialen Ausbildungssystem weiter entwickelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für weitere vielfältige Unterstützungsangebote der Arbeitsagenturen ein, damit ein Recht auf Ausbildung für junge Menschen umgesetzt wird. Denn wer ohne Ausbildung bleibt, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden.

Die Diskussion um den Mangel an Fachkräften zeigt: Ein solides Kompetenz- und Bildungsfundament ist nicht nur die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sondern auch eine der wichtigsten Investitionen des Landes für eine erfolgreiche Wirtschaft. Hier hat die CDU/FDP-Landesregierung in vielerlei Hinsicht versagt! Ein neuer Aufbruch in der Bildungspolitik nach Grünem Konzept ist wichtiger und dringender denn je! Doch auch mit einer gezielten Frauenförderung kann dem Fachkräftemangel effizient begegnet werden. Unter dem Motto ‚Auf Frauenverzichten heißt Geld vernichten‘ haben Ausschreibungen wie die Initiative Frauenförderung in Österreich und Förderprogramme u.a. bei Microsoft gezeigt, dass Unternehmen davon profitieren, wenn sie das Potenzial gut ausgebildeter Frauen aktiv fördern. Die grüne Marktwirtschaft muss Anreize für Unternehmen bieten, in diesem Bereich zu investieren und damit einen Schritt zur Verknüpfung von Frauen- und Wirtschaftsförderung zu leisten.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE KOSTEN DES KLIMAWANDELS

Der Klimawandel wird zu einem entscheidenden Bestimmungsfaktor für die Weltwirtschaft. Bereits der Stern-Report für die britische Regierung im Jahr 2006 hat aufgezeigt, dass ohne wirksame Klimaschutzpolitik die Kosten zwischen 5 % und 20 % des Weltinlandsproduktes betragen werden. Der ethisch verantwortungsvolle Weg der Prävention durch die Reduktion von Treibhausgasen kommt uns mit ca. 1 % der globalen Wirtschaftsleistung deutlich weniger teuer zu stehen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom März 2008 betragen die volkswirtschaftlichen Folgekosten der Klimaerwärmung bis zum Jahr 2050 für Deutschland schätzungsweise 800 Mrd. €. Dabei geht es um Anpassungskosten an den Klimawandel wie den Hochwasserschutz und die Kosten für die Auswirkungen des Klimawandels. Die Zunahme extrem heißer Sommer wird insbesondere die Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg treffen. Es entstehen zunehmend Risiken für die Energieversorgung, zum Beispiel wenn Kraftwerke in extremen Hitzeperioden kein Kühlwasser haben oder die Energieinfrastruktur durch Unwetter beeinträchtigt wird. Allein für Baden-Württemberg gehen die Wirtschaftsexperten von 129 Mrd. € an Folgekosten aus.

Auch die knapper werdenden Ressourcen und der global steigende Energiehunger werden zu einer anderen globalen Wirtschaftsweise führen. Auf lange Sicht steht jede Volkswirtschaft vor der Herausforderung, mit deutlich weniger Energie wirtschaften zu müssen.

ANPASSUNG AN DIE JETZT SCHON UNVERMEIDLICHEN FOLGEN DES KLIMAWANDELS

Die Minderung der Emission der Treibhausgase steht in der Klimadebatte im Vordergrund. Für uns gilt jedoch gleichzeitig, dass die Debatte um die notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die globale Erwärmung kein Ablenkungsmanöver, sondern unverzichtbarer Teil unserer Klimapolitik ist. Denn die Auswirkungen des Klimawandels sind heute schon sichtbar und werden sich weiter verschärfen, auch wenn eine weitgehende Reduzierung von Treibhausgasemissionen gelingt. Die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel benötigen die Kompetenz von Wirtschaft und Forschung. Sie bieten Zukunftschancen auf einem wachsenden Markt – auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene. Grüne Wirtschaftspolitik – zum Beispiel in der Land-, Forst- oder Energiewirtschaft – muss sich auf Wassermangel einstellen und jegliche Innovation fördern, die auf die Steigerung der Wassereffizienz zielt. Neue Technologien und neues Wissen sind dringend erforderlich, um neuen Herausforderungen zu begegnen.

rungen im Katastrophenschutz und in der Wasserwirtschaft zu begegnen. Diese Beispiele zeigen, was unter Fachleuten Konsens ist: Bei der Anpassung an den Klimawandel steht das Thema Wasser an erster Stelle. Wassertechnik ist Deutschlands zweitwichtigstes Exportgut. Baden-Württemberg hat als wirtschaftsstarke Region und als Innovationsstandort exzellente Möglichkeiten, sich auf dem Zukunftsmarkt „Anpassung“ erfolgreich zu positionieren.

VERANTWORTUNG UND CHANCE FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, ist angesichts unserer heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise so ehrgeizig wie notwendig. Auch muss die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels endlich in Angriff genommen werden. Dies muss von allen unterstützt werden – auch von der Landespolitik in Baden-Württemberg. 78 Mio. t CO₂ werden pro Tag weltweit emittiert, im Ländle sind es 78 Mio. t pro Jahr. Damit trägt der Südwesten 0,3 % zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei.

Baden-Württembergs muss als eine der reichsten Industrieregionen der Welt und als Exportweltmeister einen beispielhaften Weg beschreiten: Wir müssen zeigen, wie materieller Wohlstand, sogar Wachstum mit dem Verbrauch von weniger Ressourcen und der Anpassung an den Klimawandel zusammengeht. Länder wie China oder die Türkei, deren Wirtschaft und deren CO₂-Ausstoß derzeit stark wachsen, sollen in uns ein nachahmenswertes Modell sehen: Eine High-Tech-Region mit hochwertigen Arbeitsplätzen, gesunden Lebensbedingungen und einem radikal gesenkten CO₂-Ausstoß. Baden-Württemberg hat hervorragende Chancen, Umwelt- und Effizienztechnologien weltweit zu verbreiten, unser Know-how ist mehr denn je gefragt. Mit gutem Beispiel können wir global Einfluss nehmen – und zugleich unsere Wirtschaftsweise auf die Bedingungen von endlichen Ressourcen einstellen.

Dies zwingt zu einer Wirtschaftsweise, die sparsam mit Energie, Rohstoffen und Flächen umgeht. Die internationalen Rohstoffpreise steigen seit gut fünf Jahren stark an. Davon ist Baden-Württemberg als Industriestandort stärker betroffen als andere Regionen: So sind die Preise für die im Fahrzeug- und Maschinenbau wichtigen Industriemetalle Kupfer und Zink besonders rasant gestiegen. Daher muss die Steigerung der Materialeffizienz gerade bei uns ein hervorgehobenes Ziel bei der Produktentwicklung sein.

Umweltverträgliches und ressourcen- und energieeffizientes Wirtschaften birgt für das Exportland Baden-Württemberg große ökonomische Chancen. Innovative und hochwertige Produkte und Verfahren sind der wichtigste Motor für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Baden-Württemberg. Nur wer heute auf ökologisch innovative Produkte und Dienstleistungen setzt, kann auch morgen noch Exportweltmeister sein.

Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren überdurchschnittlich vom Klimawandel profitieren wird: *„Um die negativen Folgen des Klimawandels zu verhindern, müssen Milliarden von Euro in neue Technologien, Prävention, Anpassung und Schutz investiert werden... Das ist eine elektrisierende Einladung an kreative Tüftler, neugierige Erfinder, kluge Investoren und mutige Unternehmer.“*

All diese Voraussetzungen sind im Südwesten gegeben, und deshalb bieten sich insbesondere für die baden-württembergische Wirtschaft neue Absatzmärkte und Wachstumschancen. Wer heute auf Grüne Marktwirtschaft setzt, schafft die Jobs von morgen.

DER KLIMAWANDEL RUFT NACH EINER BESSEREN MARKTORDNUNG

Die Klimawandel und seine hohen Kosten für den Mensch und die Umwelt zeigen ein spezifisches Versagen der Märkte in den letzten Jahrzehnten auf: Der Verbrauch von Ressourcen war zu billig, die Kosten für die zukünftigen Generationen waren nicht eingerechnet. Um diese externalisierten Kosten des Ressourcenverbrauchs zu mindern, setzen wir Grüne uns seit langem für effektive Instrumente wie die Ökosteuer, für einen konsequenten und effizienten CO₂-Zertifikatehandel und für ordnungspolitische Maßnahmen ein. Ohne uns wären sie oft nicht realisiert worden. Nachhaltigkeit ist unser politisches Leitbild ist – im Sinne der Ökologie und der Generationengerechtigkeit.

Den Rahmen für die Märkte setzt die öffentliche Hand – auf nationaler, europäischer, zum Teil auf internationaler Ebene. Wirksamer Klimaschutz, aber auch die Anpassung an den Klimawandel sind für die Sicherung der Lebensgrundlagen unabdingbar. Deshalb muss der Staat den Ordnungsrahmen für die Märkte verändern: In einer Grünen Marktwirtschaft müssen der Klimaschutz und die Anpassung an die globale Erwärmung in die Wirtschaftspolitik integriert werden.

INNOVATIV SEIN UND RESSOURCEN SPAREN

Sowohl auf den Weltmärkten als auch regional werden auf Dauer nur Unternehmen und Volkswirtschaften erfolgreich sein, die die langfristige globale Entwicklung erkennen und antizipieren. Und die Entwicklung lautet: Ressourcen- und energieeffizient wirtschaften. Das sind nicht nur Technologien, Erneuerbare Energien und klassische Umwelttechnik, sondern auch ökologisch durchdachte Produktentwicklungen z. B. beim Auto- und Maschinenbau oder mit einer Unternehmensberatung, die die ökologische Dimension mitdenkt. Ein marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument, das Ressourcenschonung bedeutet, kann diese notwendige Entwicklung befördern.

WIRTSCHAFTSPRAXIS: GREEN IT

Green IT, unter diesem Motto stand in diesem Jahr die Cebit in Hannover. Die größte Aufmerksamkeit kam dabei dem Thema Energieeffizienz zu. Denn laut Meinungsforschungsinstitut Gartner verantwortet die IT-Industrie den gleichen Anteil am Klimawandel wie der Flugverkehr. Und der CO₂-Ausstoß durch den Einsatz der Informationstechnologie wird sich bis zum Jahr 2020 auf 31 Mio. t verdoppeln. Umso größer ist das Einsparpotential: Es liegt bei ca. 60 %, zum Beispiel durch die Rückgewinnung von Wärmeenergie bei Servern. Dies kann sich nicht nur bei Großservern, sondern auch bei der IT-Anlage eines mittelständischen Betriebs lohnen.

Außerdem ist die Informations- und Kommunikationstechnologie ein Klimaschutzinstrument, denn der sinnvolle Einsatz von IT kann den Energieverbrauch in fast allen Branchen senken, kann Innovationsmotor für Energieeffizienz und Klimaschutz sein. Weniger Energieverbrauch hilft der Umwelt und dem Klima, spart in Anbetracht steigender Energiepreise Kosten für die Unternehmen und verbessert das Image. Auch für Baden-Württemberg gibt es bereits Studien, wie die Öko-Effizienz durch den Einsatz der Informationstechnologie gesteigert werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern:

- Die Landesregierung muss einheitliche Energiekennzeichen für energiesparende IT-Geräte auf nationaler Ebene vorantreiben und ihre eigene Marktmacht bei der öffentlichen Beschaffung nutzen.
- Das Top-Runner-Prinzip muss den Effizienzstandard setzen - sowohl für Kommunikationselektronik als auch für Gebrauchsgüter im Haushalt und Unterhaltungsmedien. Dafür muss das geltende EU-Recht weiterentwickelt werden.
- Baden-Württemberg spart Energie: Mit einer Informationskampagne bewegt die Landesregierung die BürgerInnen zum effizienteren Einsatz und zum Kauf sparsamerer Geräte und leistet so ihren Beitrag zum Atomausstieg: Neckarwestheim 1 wird nach und nach weggespart.

WIRTSCHAFTSPRAXIS: WERKZEUGE UND MASCHINEN MADE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Maschinen-, Anlagen- und Werkzeugbau und bei anderen hochwertigen Investitionsgütern: Viele baden-württembergische Unternehmen sind dank ihres hohen technischen Know-hows Weltmarktführer ihrer Branchen. Hohe Energieeffizienz- und Umweltstandards helfen ihnen, ihre qualitativ hochwertigen Güter auf den heimischen und auf internationalen Märkten durchzusetzen, zum Beispiel gegen billigere Konkurrenzprodukte aus China. So werden hierzulande Arbeitsplätze gesichert.

WIRTSCHAFTSPRAXIS: AUTOMOBILINDUSTRIE

Eine unserer wichtigsten Branchen ist in Gefahr, den Sprung zur Grünen Marktwirtschaft deutlich zu verpassen: Die deutsche Automobilindustrie hat sich zunächst dem Dieselfilter verweigert, obwohl er bei uns im Ländle entwickelt wurde, und überließ Peugeot das Feld. Dann schaute sie lange zu, wie Toyota mit einem Hybrid-Auto den Markt aufgerollt und sein Image aufpoliert hat. Jetzt haben einige

bei Daimler & Co. gemerkt: Die Verweigerung von Umwelt- und Klimaschutz bringt nicht mehr Profit, sondern am Ende große betriebswirtschaftliche Probleme. Deshalb wollen die Kritischen Daimler-Aktionäre dem Aufsichtsrat bei der Hauptversammlung die Entlastung verweigern, da der Klimaschutz immer noch keine Vorfahrt habe. Während bei der Rendite konkrete Ziele vorgegeben werden, gebe es keine messbaren Vorgaben zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen. Die Kritischen Daimler-Aktionäre forderten deshalb im Frühjahr 2008, die Erfolgsprämien für den Vorstand an konkrete Zielvorgaben für umweltverträglichere und Sprit sparende Autos zu koppeln. Wider besseres Wissen stellt sich die Landesregierung gegen die Klimaschutzziele der EU. Dabei hatte Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung 2006 gesagt: „*Unsere Autos brauchen zuviel Sprit. Hier hat Baden-Württemberg als Exportland, als Autoland eine besondere Chance. Wenn wir die Innovation schaffen, kommt sie weltweit an, weil durch Export diese Innovation dann automatisch die Welt erreicht.*“ Heute wissen wir, dass diese Erkenntnis Oettingers nur der tagespolitischen Schlagzeile geschuldet war. Wer bei parlamentarischen Sommerfesten mit einem goldenen Porsche vorfährt und heute dafür wirbt, dass die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes auf 120 bzw. 130 g/km ab 2012 nicht für Fahrzeuge der Premiumklasse gelten dürfe, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Der Automobilstandort Baden-Württemberg kann im Gegenteil nur dann bestehen, wenn 'Premium' in Zukunft nicht mehr heißt 'größer, schwerer, mehr PS'. 'Premium' muss in Zukunft bedeuten: Effizienz und schwäbische Sparsamkeit beim Verbrauch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern:

- Die EU-Ziele für die Senkung des Kraftstoffverbrauchs von PKW müssen so umgesetzt werden, dass Innovation vorangetrieben und CO₂ eingespart wird. Bemessungsgrundlage zur Klasseneinteilung darf keinesfalls das Gewicht, sondern allenfalls die Grundfläche der Fahrzeuge werden.
- Die Verhinderung der EU-Klimaschutzmaßnahmen scheint das einzige europäische Thema der Regierung Oettinger zu sein. Mit dieser kurzsichtigen Politik, die langfristig Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gefährdet, muss Schluss sein!
- Baden-Württemberg sollte der Vorreiter bei der Einführung des flächendeckenden Tempolimits sein. Die Landesregierung hat heute schon die Macht, auf allen Landesstraßen Tempo 80 einzuführen, und sollte im Bundesrat endlich für ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen kämpfen.

WIRTSCHAFTSPRAXIS: BADEN-WÜRTTEMBERGS SPARKASSEN WERDEN GRÜN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zum öffentlichen Bankensektor, weil dadurch auch in wirtschaftlich weniger dynamischen und in dünn besiedelten Regionen unseres Landes Finanzdienstleistungen angeboten werden und eine Monopolstruktur verhindert wird. Für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sind die Sparkassen unverzichtbar. Zu wenig hat in den letzten Jahren jedoch bei den Sparkassen die Gemeinwohlorientierung im Vordergrund gestanden. Gerade im Bereich Ökologie haben viele Sparkassen Nachholbedarf. Wir wollen, dass Baden-Württembergs Sparkassen wesentlich zum Umbau hin zu einer Grünen Marktwirtschaft beitragen und sehen sie als Partnerinnen für das Erreichen unsere Klimaschutzziele. Denn um mehr Ressourcen schonende regionale Wirtschaftskreisläufe in Gang zu bringen, sind die Sparkassen als regionale Finanzdienstleisterinnen besonders gut geeignet:

- Sparkassen sollten sich durch ein breites Angebot an Produkten für nachhaltiges Investment auszeichnen, damit Bürgerinnen und Bürger ethische, d.h. insbesondere ökologische und soziale, Kriterien bei der Geldanlage berücksichtigen können.
- Sparkassen sollten ein Umweltberichtssystem einführen, um durch die Kontrolle ihrer Energie- und Materialverbräuche systematisch Kosten zu dämpfen und die Umwelt zu entlasten. Ziel ist die CO₂-neutrale Sparkasse, so wie die Förderbank KfW das vormacht.
- Sparkassen sollten sich bei der Anlage von Geldern, im Kreditgeschäft und bei ihrer Beschaffung von Nachhaltigkeitskriterien leiten lassen. Dies geschieht am besten durch eine Orientierung an internationalen Initiativen wie der Financial Initiative der Vereinten Nationen, an der heute schon die Sparkasse Göppingen mitwirkt, oder den Principles of Responsible Investment, die sich auf die Anlage eigener Gelder beziehen.

DIE ENERGIEWENDE VORANBRINGEN

Beinahe banal erscheint aus grüner Sicht der wiederholte Hinweis, dass die technologische Führung bei Effizienztechnologien und Erneuerbaren Energien Garant für die Jobs von morgen sein wird. Auf dem Sektor der erneuerbaren Energietechnologien gibt es bereits heute bundesweit 250.000 Arbeitsplätze - das vierfache der in der Kerntechnik vorhandenen Arbeitsplätze. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, dass die Zahl der Arbeitsplätze in dieser zentralen Zukunftsbranche bis zum Jahr 2020 auf bis zu 500.000 anwachsen könnte. Mit 108.000 Arbeitsplätzen in der Umweltbranche hat Baden-Württemberg sein Potenzial noch längst nicht ausgeschöpft.

Unternehmen der baden-württembergischen Solarbranche und eine wachsende Zahl von Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und der Elektroindustrie profitieren als Zulieferer sowohl im Inland als auch beim weltweiten Export von der rasant steigenden Nachfrage. Allein ENERCON als einer der größten Windkraftanlagenhersteller mit Sitz in Magdeburg zählt heute rund 90 Firmen aus Baden-Württemberg zu seinen Zulieferern: z. B. Liebherr in Biberach, Lapp-Kabel in Stuttgart und Würth in Künzelsau. Umso unverständlicher ist die fortgesetzte Anti-Windkraftpolitik der CDU im Land. Das Resultat: Ganze 0,47 % unseres Stromverbrauchs werden mit Windenergie abgedeckt. Mit 6,5 % wird im Nachbarland Rheinland-Pfalz mehr als das 15-fache an Windenergie erzeugt.

Der Atomausstieg ist Teil der Energiewende. Wir haben den Atomkonsens mit den Kraftwerksbetreibern in der rot-grünen Regierungszeit als Weg zum Atomausstieg akzeptiert. Von Seiten der Kraftwerksbetreiber ist der Konsens inzwischen aber de facto aufgekündigt worden. Beispielsweise soll nun Laufzeit auf ältere, unsichere Kraftwerke wie Neckarwestheim 1 übertragen werden. Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg wollen den Ausstieg aus der Atomwirtschaft konsequent vollziehen und setzen dabei nicht zuletzt auf marktwirtschaftliche Instrumente sowie ein Ende der Subventionierung der Atomwirtschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern:

- Die CDU/FDP-Landesregierung darf die über das EEG auf den Markt gebrachten Erneuerbaren Energien nicht länger verhindern. Die Anti-Wind-Politik muss ein Ende haben! Erneuerbare Energien, Umwelt- und Effizienztechnologien müssen in Baden-Württemberg optimal zur Anwendung gebracht werden.
- Baden-Württemberg braucht Forschungspolitik mit Weitblick! Wir brauchen ein integriertes Forschungsprogramm für die Entwicklung und die Einführung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienztechnologien.
- Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei der Novellierung des EEG die Vergütungssätze so ausgestaltet werden, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf allen Gebieten in den kommenden Jahren vorangetrieben wird. Bei der Biomasse muss dabei die Verwertung von Reststoffen begünstigt werden.
- Eine Steuer auf Brennelemente soll unverdiente Zusatzgewinne der Atomkonzerne in Folge des CO₂-Emissionshandels abschöpfen.
- Die Rückstellungen der Atomwirtschaft für Stilllegung und Entsorgung sollen steuerneutral in einen öffentlichen Fonds überführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Mittel tatsächlich für den vorgesehenen Zweck zur Verfügung stehen. Dieser Fonds soll seine Gelder nachhaltig investieren und so auch auf der Anlagenseite zur Energiewende beitragen.
- Die Haftungspflicht der Kraftwerksbetreiber ist so anzupassen, dass sie den für Industrieanlagen üblichen Verpflichtungen entspricht und die unterschiedlichen Risiken der einzelnen Kraftwerke tatsächlich abbildet. Die Subventionierung der Atomwirtschaft durch eine fast vollständige Übernahme der zu versichernden Risiken durch die Allgemeinheit muss beendet werden.

UNTERNEHMEN, GRÜNDER UND MITTELSTAND STÄRKEN

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind Keimzelle und Rückgrat für die Wertschöpfung in Baden-Württemberg. Hier werden die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen vor allem eines: eine faire Marktordnung. Subventionen, die den Wettbewerb zu Gunsten Einzelner verzerren, aber von allen finanziert werden müssen, stehen dem entgegen und sollten nur mit einer ordnungspolitisch geprüften Begründung eingesetzt werden. Das lernen wir spätestens aus dem Desaster des Staatsinterventionismus bei Nokia in Bochum. Dabei hat

Baden-Württemberg Glück gehabt: Selbst wenn die Landesregierung es gewollt hätte, ein Subventionsreigen wie in NRW ist bei uns seit vielen Jahren nicht mehr zulässig – der EU sei Dank.

Ausufernde Bürokratie ist mittlerweile zum Standortnachteil geworden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen klagen über zunehmende Belastungen. Bei einer Umfrage des Bundes der Selbstständigen hat es die Bürokratiebelastung im Juni 2007 auf Platz 1 der Hitliste der größten Probleme des Mittelstandes geschafft. Auf Platz 2 folgt mangelnde Planungssicherheit. Es würde zunehmend nach dem Motto verfahren „Nach der Reform ist vor der Reform.“

Sicherlich: Bürokratieabbau ist eine populäre, aber wenig präzise Forderung. Denn für uns Grüne ist klar: Eine gute Bürokratie ist elementar für einen demokratischen Rechtsstaat und eine funktionierende Marktwirtschaft. Der Staat hat die Aufgabe, verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen, die transparent, verständlich und fair sind. Aber klar ist auch: Ausufernde Bürokratie ist ein Innovations- und Wettbewerbshindernis. Die CDU/FDP ist in ihrer Koalitionsvereinbarung mit vielen guten Vorsätzen gestartet. Umgesetzt wurde bislang so gut wie nichts!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern, dass die Landesregierung

- endlich den angekündigten Normenkontrollrat einsetzt,
- das in den Niederlanden entwickelte und effektive Standard-Kosten-Modell anwendet und
- Gesetze und Verordnungen – wann immer möglich und sinnvoll – mit einer zeitlichen Befristung versieht.

Für mehr ökologische Innovationen brauchen wir auch GründerInnen. Sie entwickeln Ideen, die von ihnen selbst oder von größeren Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen umgesetzt werden. Sie schaffen Perspektiven für sich und andere. Gerade bei Erneuerbaren Energien und ressourcen- und Klima schonendem Wirtschaften gab es in den letzten Jahren viele neue Ideen und Gründungen. Baden-Württemberg hat im nationalen und europäischen Vergleich wenige Selbstständige und wenige GründerInnen. Das Klima für GründerInnen hat sich verschlechtert. In einer Grünen Marktwirtschaft gehört es zu den Aufgaben der öffentlichen Hand, den Wettbewerb zu stärken und Gründungen zu fördern.

Ein zunehmendes Problem ist jedoch, dass GründerInnen und Kleinunternehmen ihren Kapitalbedarf oft nicht mehr auf dem freien Kapitalmarkt decken können – nicht, weil ihr Betriebsmodell nichts taugt, sondern weil Geschäftsbanken den gestiegenen Aufwand für kleine Kredite oder Eigenkapitalprodukte nicht mehr eingehen wollen.

GründerInnen und Mittelstand brauchen auch verlässliche Rahmenbedingungen der Politik. Für Wankelmütigkeit und Chaos steht dagegen die Landesregierung: Ob beim Rauchverbot in Gaststätten oder beim Verkauf von Muttertagsblumen: Nie wissen Unternehmen, wie lange Entscheidungen von Oettinger und den Seinen halten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern:

- Alle betrieblichen Förderungen des Landes, zum Beispiel bei den Finanzierungsprogrammen der landeseigenen L-Bank, werden auf GründerInnen und echte KMU (bis 50 Mio. € Umsatz) beschränkt.
- Viele ExistenzgründerInnen und KleinunternehmerInnen haben Finanzierungsprobleme. Deshalb muss insbesondere für Einzel- und KleinunternehmerInnen der Zugang zum Kapitalmarkt verbessert werden: Die Landesbürgschaften (5 Mio. € und mehr) werden abgeschafft, die Bürgschaften der L-Bank auf 3 Mio. € begrenzt. Stattdessen werden die Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsbank bis 1 Mio. € ausgebaut. Denn für uns Grüne gilt: Small is beautiful!
- Transparenz und Qualität bei der Beratung: Für GründerInnen und KMU bis fünf Jahre nach Gründung gibt es statt der bisherigen Beratungsförderungen über Institutionen wie RKW, EHV, VDGA und DEHOGA einen Gründerberatungsgutschein, den sie selber einlösen können.

DEM HANDWERK GRÜNEN BODEN BEREITEN

Im Zentrum grüner Wirtschaftspolitik stehen kleine und mittlere Unternehmen und insbesondere das Handwerk. Denn Handwerk hat grünen Boden: Energieverbrauch senken, Klima schützen, regionale

Wirtschaft stärken, sind deshalb z. B. die Ziele der strategischen Partnerschaft „Klimaschutz am Oberrhein“. Auf Initiative der Handwerkskammer Freiburg haben sich mittlerweile über 120 kommunale Partner, Banken, Energieversorger, Verbände, Institutionen, Innungen und Kreishandwerkerschaften zusammengeschlossen, um regenerative Energien und effiziente Energienutzung zu fördern. Nur mit Engagement des Handwerks können wir unsere grünen Klimaschutzziele verwirklichen. Die wirtschaftlichen Impulse für das Bau- und Ausbauhandwerk, für Heizungs- und Sanitärbetriebe, für Maler, Gipser und Lackierer helfen Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und auszubauen.

In vielen Städten und Kreisen wurden bereits Klima- und Energieagenturen gegründet. Diese Initiativen von Handwerk und Kommunen leisten einen wichtigen Beitrag zum effizienten und sparsamen Energieeinsatz und zur verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg unterstützen dieses Engagement zum Klimaschutz mit regionalen Wirtschaftskreisläufen ausdrücklich. Denn wir brauchen ein flächendeckendes Netz an Informations- und Beratungsstellen.

Auch in der Bildungspolitik ist der BWHT ein wichtiger Bündnispartner für uns Grüne. Gemeinsam setzen wir uns für längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und ein chancengerechtes Bildungssystem ein.

VERGABERECHT VEREINFACHEN UND ÖKOLOGISCH GESTALTEN

Insbesondere im Interesse des Handwerks und regionaler Unternehmen muss das Vergaberecht endlich vereinfacht werden. Der Aufwand für die Beteiligung an einem Ausschreibungsverfahren muss in einem vernünftigen Verhältnis zum Auftragswert stehen. Dass die Landesregierung nach langen Verhandlungen nun die Wertgrenzen für die freihändige und beschränkte Vergabe erhöht hat, eröffnet kleinen und mittleren Unternehmen mehr Chancen, öffentliche Aufträge zu erhalten.

Zudem muss das Vergaberecht auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Bundesregierung hat sich viel zu viel Zeit gelassen, um die EU-Vergaberichtlinien in nationales Recht umzusetzen. Wir fordern wie die EU von der Bundesregierung schon seit längerem, soziale und ökologische Kriterien im Rahmen des Vergabewesens zuzulassen und damit grundsätzliche Rechtssicherheit bei der Vergabe zu schaffen. Dabei gilt es insbesondere, soziale, ökologische und ethische Kriterien wie den Verzicht auf Kinderarbeit zu berücksichtigen. Forderungen nach sozialen Kriterien beinhalten auch die Möglichkeit, Frauenförderung als Instrument im Vergaberecht stärker zu verankern. Auch die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht Preis-, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping begünstigt werden.

Immerhin belaufen sich die Aufträge der öffentlichen Hand an die private Wirtschaft auf rund 13 % des Bruttoinlandsprodukts. Das entspricht einem Auftragswert von über 300 Mrd. €. Diese Marktmacht müssen Bund, Land und Kommunen für den Klimaschutz nutzen. Deshalb muss die Vergabe öffentlicher Aufträge konsequent mit der Zielsetzung Klimaschutz gekoppelt werden. Baden-Württemberg muss auch hier mit gutem Beispiel voran gehen. Papierverbrauch, sauberer Strom, die Einhaltung von Öko- und Energiestandards bei Neubauten, die Bevorzugung energieeffizienter Geräte – bei der Beschaffung und Vergabe lässt sich viel für die Umwelt bewegen. Denn eine konsequente Berücksichtigung ökologischer Zielsetzungen beeinflusst die Produktionsprozesse der Wirtschaft und trägt damit zur ökologischen Modernisierung und zu einem verstärkten Klimaschutz bei.

NICHT ALLES IST EINE WARE: ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE ERHALTEN - KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN!

Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen für alle Menschen zugänglich sein und zugänglich bleiben. Die Leistungen der Daseinsvorsorge gehören zu den Grundvoraussetzungen für Lebensqualität in modernen Gesellschaften und sind Kernbestandteil des verfassungsgemäß verbürgten Sozialstaatsprinzips. Sie sollen gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglichen, notwendige Infrastruktur gewährleisten und für die Akzeptanz des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern sorgen.

Während die Bestrebungen einer allgemeinen Marktöffnung überwiegend ökonomischen Rationalität und betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien folgen, werden Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung sowie Fragen nach der Rolle und Funktion von Kommunen als Orte lokaler Demokratie und politischer Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern ausgeblendet. Privatwirtschaftliche Unternehmen können Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge aber letztlich nur gewinnorientiert erfüllen. Daseinsvorsorge ist jedoch kein gewinnorientiertes, sondern ein zweckorientiertes Ziel. Es darf keine einseitige Abhängigkeit von privaten InvestorInnen und privatwirtschaftlichen Interessen geben. Ihre Bereitstellung muss in staatlicher Hand liegen.

LAND, KOMMUNEN UND VERBRAUCHERINNEN: GEMEINSAM FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Vermehrte Anstrengungen des Landes, z. B. bei der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude und Unterstützung bei der Sanierung kommunaler Gebäude, bringen den Klimaschutz und den Wirtschaftsstandort gleichermaßen voran.

Die bisherigen Anstrengungen der CDU/FDP-Landesregierung sind vor diesem Hintergrund eher symbolischer Natur: Nicht einmal die selbst gesteckten Klimaschutzziele wurden bislang erreicht. Für den Klimaschutz sind im Jahr 20 Mio. € veranschlagt, das entspricht etwa 4 % des Haushaltsvolumens des Umweltministeriums und lediglich ein Promille des Gesamthaushalts des Landes.

Die öffentlichen Kassen haben in den vergangenen Jahr durch gestiegene Steuereinnahmen vom Wirtschaftswachstum profitiert. Je 1 Mrd. € Mehreinnahmen konnte der Finanzminister für 2007 und 2008 im Landeshaushalt von Baden-Württemberg verbuchen. Allerdings brachte der Aufschwung auch mehr CO₂-Emissionen. Deshalb haben wir Grüne gefordert, zumindest 50 Mio. € für den Klimaschutz zu investieren. Mit der Ablehnung haben CDU und FDP im Land erneut bewiesen, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit für sie lediglich Lippenbekenntnisse sind. Dies zeigt sich auch daran, dass sich die Regierungsfractionen CDU und FDP im Landtag geweigert haben mit gutem Beispiel voran zu gehen und für den Landtag ein Umwelt-Audit umzusetzen. Insbesondere das Programm Klimaschutz plus, aus dem Kommunen und Kleine und Mittlere Unternehmen für innovative Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung bezuschusst werden, muss ausgebaut werden. Bereits Mitte des Jahres waren in den letzten beiden Jahren die Mittel verbraucht. Mit Leertiteln lässt sich aber kein Klimaschutz betreiben!

Einzig das Landeswärmegesetz werten wir als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen Verpflichtungen, die Privaten und Unternehmen auferlegt werden, auch für öffentliche Gebäude gelten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern, dass die Selbstverpflichtungen der CDU/FDP-Landesregierung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude zügig umgesetzt werden.

EIN DURCHSETZUNGSFÄHIGER STAAT

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen einen durchsetzungsfähigen Staat, der die richtigen Rahmenbedingungen für Märkte durchsetzen kann und den Wettbewerb auch gegen Monopole im Interesse der verschiedenen Marktteilnehmer schützt. Ein starker Staat ist kein Schuldenstaat - schon deshalb, weil die Schulden von heute die ausbleibenden Investitionen von morgen sind. Stark ist ein Staat nur dann, wenn effizientes Controlling das Handeln von Behörden und Unternehmen in (teilweise) öffentlichem Eigentum klar am öffentlichen Auftrag ausrichtet, wenn klare Verantwortlichkeiten herrschen und staatliches Handeln auch für die BürgerInnen transparent ist.

Von diesem Staatsverständnis sind wir in Baden-Württemberg weit entfernt. An den Stellen, wo sie zuständig ist, etwa beim Steuervollzug und bei der Durchsetzung von fairem Wettbewerb, versagt die Landesregierung ordnungspolitisch.

- Landesregierungen haben sich in vielen Bundesländern als schlechte Eigentümer von Banken erwiesen. Die Zeche zahlen die SteuerzahlerInnen. Daraus gilt es auch in Baden-Württemberg die Konsequenz zu ziehen: Das Land soll mit seiner Landesbank LBBW den Weg frei machen für eine Neuordnung des öffentlichen Bankensystems in Deutschland
- Die Steuerverwaltung in Deutschland ist schlecht organisiert. Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Widerstand gegen eine Bundessteuerverwaltung aufzugeben. Ministerpräsident Oettinger sollte als Leiter der Föderalismuskommission dieses wichtige Reformprojekt unterstützen. Dadurch

lassen sich bundesweit Mehreinnahmen erzielen, weil das heutige Neben- und Gegeneinander der Finanzverwaltungen der 16 Bundesländer hohe Effizienzverluste bringt. Standortpolitik per Weggucken beim Steuervollzug verzerrt den Wettbewerb.

- Die Finanzverwaltung ist auch in Baden-Württemberg unterausgestattet. Obwohl jeder zusätzlich eingestellte Fahnder bis zu 1 Mio. Euro an Steuergeldern erwirtschaften würde, wird am Personal gespart. Wir fordern: Die Finanzverwaltung muss technisch und personell besser ausgestattet werden.
- Selbst wenn Steuerhinterziehung in Baden-Württemberg trotz Unterausstattung der Finanzbehörden entdeckt wird, ziehen sich Gerichtsverfahren viel zu lange hin, weil Staatsanwaltschaften und Gerichte überlastet sind. Wir fordern Ministerpräsident Oettinger auf, nicht nur gegen unmoralische Manager zu schimpfen, sondern endlich diesen Mangel zu beheben.
- Auf dem so genannten „Grauen Kapitalmarkt“ (also bei der Direktanlage in Fonds und Unternehmensbeteiligungen) werden viele Bürgerinnen und Bürger von BetrügerInnen über den Tisch gezogen – und die Landesregierung schaut weg. Staatsanwaltschaften und Gerichte im Land sind nicht in der Lage, solchen Betrug rechtzeitig zu unterbinden. Wir fordern für Baden-Württemberg einen wirksamen Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen durch mehr auf Wirtschaftskriminalität spezialisierte Staatsanwälte und Kammern.

Die CDU/FDP-Landesregierung agiert wirtschaftspolitisch ohne Konzept, ohne Plan und ohne Ziel. Mit ihrem Beharren auf althergebrachten Verfahrensweisen werden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft verpasst. Mit unserem Konzept Grüne Marktwirtschaft für Baden-Württemberg schaffen wir Grüne die Basis für ein soziales, ökologisches und wirtschaftlich erfolgreiches Baden-Württemberg.